

Steuergeld fährt bei uns Karussell

Finanzausgleich. Zwischen Ländern und Gemeinden wird derart umverteilt, dass der Finanzausgleich am Schluss auf dem Kopf steht.

INGE BALDINGER

Die Gemeinde Asten ist, wenn man so will, ein Opfer der gewaltigen Umverteilungsmaschinerie namens Finanzausgleich. Die schnurrt gleich auf mehreren Ebenen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hin und her. Die Rechnung beginnt für die 6200-Seelen-Gemeinde im Speckgürtel von Linz noch so nachvollziehbar wie passabel: Vom Bund gibt's 593 Euro pro Kopf als Ertragsanteil aus dessen Steuereinnahmen, dazu kommen 428 Euro pro Kopf aus eigenen Steuern (v. a. Grund- und Kommunalsteuern, alle Zahlen für 2010). Macht 1021 Euro Finanzkraft pro Kopf. Damit liegt Asten hübsch im Schnitt dessen, womit eine Gemeinde dieser Größenordnung an Einnahmen rechnen kann. Anfangs.



„Dieses System fördert die Ineffizienz.“

Peter Biwald,
KDZ-Experte

Dann kommt der innerösterreichische Finanzausgleich. Und danach schaut es für Asten völlig anders aus: Von den 1021 Euro sind nur noch 517 Euro pro Kopf übrig, das ist gerade einmal die Hälfte. Die andere Hälfte? Die ist im Transfer- und Förder-Wirrwarr zwischen Gemeinden und Ländern und Ländern und Gemeinden irgendwo gelandet. Wo genau, weiß niemand. Wofür genau, weiß niemand. Für die Feuerwehr der Nachbargemeinde? Für ein Veranstaltungszentrum im Mühlviertel? Kann sein. Muss nicht sein.

Peter Biwald sitzt in seinem Büro im Zentrum für Verwaltungsforschung KDZ in Wien-Simmering. Vor ihm liegt der 70-seitige Endbericht über die Verteilungswirkung der Transfers zwischen Ländern und Gemeinden, den er und sein Team im Auftrag des Städtebunds erstellt hat. Sein in einem Satz zusammengefasstes Ergebnis: „Der Finanzausgleich wird in den Ländern durch die intransparenten Transfers und Bedarfszuweisungen an die Gemeinden völlig auf den Kopf gestellt.“

In der Tat. Denn wäre Asten eine oberösterreichische Gemeinde mit nur 500 bis 1000 Einwohnern, wäre die gewaltige Umverteilungsmaschinerie namens Finanzausgleich, wenn man so will, ein Glück für sie. Dann bekäme sie vom Bund 638 Euro pro Kopf als Ertragsanteil, die sie aus eigenen Gemeindesteuern mit 209 Euro aufzupuffen könnte. Macht 847 Euro. Nach dem innerösterreichischen Finanzausgleich sähe die Sache völlig anders aus: Aus den 847 Euro sind 1066 Euro geworden, um ein sattes Viertel mehr als vorher und doppelt so viel wie die „echte“ Gemeinde Asten hat. Wer da so großzügig war? Niemand weiß es. Vielleicht eine 5000-Einwohner-Gemeinde aus dem Hausruckviertel? Vielleicht eine 10.000-Einwohner-Gemeinde aus dem Innviertel? Kann sein. Muss nicht sein.

„Es ist in Ordnung, wenn mittelgroße und größere Gemeinden kleinen Gemeinden finanziell unter die Arme greifen“, sagt Peter Biwald. Schließlich wird auch von kleinen die Infrastruktur erwartet, die alle bieten. „Aber es sollte bei den Bedarfszuweisungen – wie in Salzburg – zumindest ein Mitspracherecht der Gemeinden geben, damit sie wissen, wofür sie bezahlen.“ Und dass mittelgroße und größere Gemeinden im Lauf



des Geldkarussells in ihrer Finanzkraft derart hinunterrasseln – obwohl sie beispielsweise ein Hallenbad für die gesamte Region finanzieren –, während Kleinstgemeinden letztlich mitunter das Doppelte lukrieren: Das könne unmöglich Sinn der Sache sein. „Wenn Gemeinden mit bis zu 1000 Einwohnern genauso viel Geld pro Kopf aus dem Finanzausgleich bekommen wie Gemeinden mit 50.000 Einwohnern, stimmt etwas nicht.“ Zudem biete diese Art von „überkompensierender“ Umverteilung den Kleinen keinerlei Anreize, durch Kooperationen mit anderen Gemeinden günstiger zu haushalten. Im Gegenteil: Es werde Ineffizienz gefördert. Dabei ließen sich, sagt Biwald, österreichweit bis zu 400 Millionen Euro durch Gemeindekooperationen oder -fusionierungen sparen.

Als Instrument für derartige politische Entscheidungen hat das

KDZ einen „Transferrechner“ entwickelt (www.kdz.or.at). Da kann jede Gemeinde nachschauen, ob sie zu den Verlierern oder den Gewinnern zählt.

Und das ist im föderalen Österreich je nach Bundesland höchst unterschiedlich. Die massivsten Umverteilungen von Groß zu Klein gibt es in Oberösterreich, gefolgt von Kärnten. Die Finanzschwäche der kleinen Gemeinden wird aber österreichweit „überkompensiert“. Die Zahler dieser Quersubventionen sind die anderen Gemeinden. Verteilt werden sie aber vom Land über Bedarfszuweisungen. Was eine gerechte Verteilung wäre? Biwald: „Aus Sicht der Finanzwissenschaft, wenn die Kleinen 80 bis 90 Prozent des Durchschnitts bekommen, aber nicht, so wie jetzt, deutlich mehr als der Durchschnitt.“

Ein Blick in den Transferrechner: Demnach verlieren beispiels-

weise oberösterreichische Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 Einwohnern im Zuge der Umverteilung in ihrem Bundesland 35 Prozent ihrer Finanzkraft (von 1343 Euro pro Kopf auf 876 Euro pro Kopf), während Gemeinden mit bis zu 1000 Einwohnern 45 Prozent an Finanzkraft gewinnen (von 850 Euro auf bis zu 1230 Euro). Die nämliche Rechnung mit den nämlich großen Gemeinden in Niederösterreich: Bei den Großen liegt der Finanzkraftverlust bei 21 Prozent (von 1223 auf 996 Euro pro Kopf), während die Kleinen um 20 Prozent zulegen (von 870 Euro auf bis zu 1040 Euro). In Salzburg schaut's so aus: Die 10.000- bis 20.000-Einwohner-Gemeinden verlieren im Schnitt 23 Prozent (von 1361 auf 1052), während die Unter-1000-Einwohner-Gemeinden 13 Prozent gewinnen (von 1150 auf 1298 Euro).

Das Hin- und Herschieben

Grundsätzlich läuft der Finanzausgleich extrem vereinfacht so ab: Der Bund liefert – aufgeteilt nach abgestuften Bevölkerungsschlüssel – Ertragsanteile aus seinen Steuereinnahmen an die Länder ab. Die Länder leiten den Gemeinden die Ertragsanteile weiter, kassieren allerdings gleich einmal 12,7 Prozent als „Vorwegabzug“. Der Rest fließt an die Gemeinden, die umgehend rund 2,5 Milliarden zurück an die Länder schicken – darunter 1,1 Milliarden Euro für Sozialhilfe, 850 Millionen Euro für die Krankenanstalten, 310 Millionen Euro als Landesumlage. Die Länder schicken daraufhin 800 Millionen Euro an die Gemeinden zurück, etwa für die Kinderbetreuung oder die Musikschulen oder die Feuerwehren. Und dann sind da noch rund 700 Millionen Euro – gespeist aus dem anfangs eingestreiften „Vorwegabzug“ –, die die Länder als Bedarfszuweisungen an die Gemeinden verteilen. In Summe wird dieser zweite Finanzausgleich in den Bundesländern über mindestens 70 Gesetze abgewickelt, die Zahl der Transfers zwischen Ländern und Gemeinden sprengt die Grenze von 50.000. Transferberichte gibt es in keinem Bundesland – und klare, verbindliche Richtlinien für die Bedarfszuweisungen nur in Salzburg und in Kärnten.

Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung hat eine Fülle von Empfehlungen, allen voran die Entflechtung der Transfers und mehr Transparenz. Die „Bedarfszuweisungen“ sollten nach klaren und objektiven Kriterien erfolgen, Gemeinde und Städte einbezogen werden. Erste Chance auf eine Reform sieht Biwald beim nächsten Finanzausgleich 2014.

Sollte die klappen, wüssten die Astener irgendwann einmal, wofür sie wie viel bezahlen.



„Na ich glaub', die seh'n wir nimmer!“

GERHARD STEININGER

Im Zuge der Neugestaltung des Weiheraums und der Krypta am Heldenplatz zu einer würdigen Stätte des Gedenkens an die Gefallenen der Weltkriege sind, wie die APA meldete, zahlreiche Erinnerungstücke entfernt worden, darunter ein türkischer Kranz mit der Inschrift Gallipoli 1916–1966. Es ist anzunehmen, dass die meisten Besucher der Gedenkstätte sich gefragt haben werden: Gallipoli, was?

Der Kranz erinnerte an die Schlacht um die Halbinsel Gallipoli an den Dar-

danellen, in der die Türken 1915/16 eine alliierte Invasion zurückschlugen. Auf beiden Seiten starben 130.000 Mann. So grausam die Schlacht war, für die österreichische Militärgeschichte war sie nur eine Fußnote: Zwei Batterien waren nach Gallipoli in Marsch gesetzt worden.

Der Kaiser hatte kein gutes Gefühl, Truppen in den Orient zu schicken. Er soll gesagt haben: Na ich glaub', die seh'n wir nimmer! (Die Türken haben Österreich die Waffenhilfe nicht vergessen. Jüngst wurde der österreichische Militärattaché in der Türkei zu einem Gallipoli-Gedenken eingeladen.)

Über österreichische Verluste an der osmanischen Front konnte der Kolonist nichts herausfinden, aber er stieß bei den Recherchen auf ein indirektes

Stück Salzburg: Im März 1917 war ein junger Leutnant in die Türkei in Marsch gesetzt worden. Sein Name: Hans Sedlmayr (Quelle: Hans Sedlmayr von Albert Ottenbacher).

Knapp ein halbes Jahrhundert später, im Jahr 1964, wurde der spätere Kunstgeschichtler und Autor von *Verlust der Mitte* an die Universität Salzburg berufen. Er war bis zu seinem Tod 1984 ein unermüdlicher Streiter für die Erhaltung des Salzburger Stadtbilds.

Dieses Engagement für die Stadt hat offenbar bewirkt, dass ihm die rigide meinungsbildende Salzburger „Zivilgesellschaft“ seine frühe Mitgliedschaft in der NSDAP nachgesehen hat. Es gibt jedenfalls keine Hinweise dafür, dass im Zuge der historisch korrekten Gestaltung von Gedenkstätten und Umbe-

nennungen von Verkehrsflächen auch der Hans-Sedlmayr-Weg auf den Mönchsberg betroffen sein könnte.

In Wien wird bekanntlich der Karl-Lueger-Ring in Universitätsring umbenannt, der Karl-Renner-Ring soll in Parlamentsring umgetauft werden, weil Renner 1938 empfohlen hatte, für den Anschluss an Deutschland zu stimmen (1945 hat er Stalin geschmeichelt).

Auch in Deutschland wird umbenannt. So heißt zum Beispiel der größte Parkplatz von Münster jetzt nicht mehr Hindenburgplatz, sondern Schlossplatz. Und: Der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat vorgeschlagen, die Siegessäule in Berlin als Denkmal preußischen Militarismus zu sprengen.

Ihre Meinung? salzburg.com/meinung